

Genossen kontern Handelsforderungen

Raiffeisenverband sieht Kriterienkataloge des Handels zu Tierwohl und Nachhaltigkeit skeptisch – Verpackungsgesetz in der Kritik

Berlin. Forderungen des Lebensmittelhandels zum Tierwohl treiben die deutschen Agrar-genossen-schaften um. Die Vermarkter fürchten zusätzlichen Kostendruck – auch durch das geplante Verpackungsgesetz.

„Ich sehe die Vorstöße des Lebensmitteleinzelhandels sehr kritisch, wenn mit unterschiedlichen Zielsetzungen über gesetzliche Vorgaben hinausgegangen wird“, urteilt Henning Ehlers, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Raiffeisenverbands (DRV) im Gespräch mit der LZ. In diesen Kontext passt die aktuelle Auseinandersetzung des Verbandes mit der Edeka-Zentrale. Anfang des Monats hatten die Hamburger von den Molkereien schriftlich die Erfüllung von Mindeststandards zur Haltung von Milchkühen im Rahmen der Milcherzeugung für Edeka-Eigenmarken eingefordert.

In seinem Antwortbrief an den Edeka-Vorstandsvorsitzenden Markus Mosak beklagt Ehlers unter anderem die fehlende Aussage, dass die Umsetzung der höheren Anforderungen den Milcherzeugern über den Preis honoriert würde. Dies sei aber eine wesentliche Voraussetzung, um nicht noch zusätzlichen Druck auf die Strukturprozesse in der Milcherzeugung auszuüben.

„Zusatzaufwand muss auch honoriert werden“

Henning Ehlers, Deutscher Raiffeisenverband (DRV)



Mehrwert bringt Mehrkosten: Vermarkter wollen den Handel in die Pflicht nehmen.

„Wir verschließen uns den Anliegen nicht, sofern mit Augenmaß agiert wird“, betonte Ehlers zu den Forderungen des Handels in Bezug auf höhere Tierschutz-Standards. Wirtschaftliche Aspekte könne man dabei jedoch nicht ausblenden. Auf der Agenda bleibt für Genossenschaften auch die Kennzeichnung „gentechnikfrei“. Der neue Lidl-Claim „Ohne Gentechnik“ reihe sich nahtlos in zahlreiche LEH-Projekte ein, die mit dem Etikett „Nachhaltigkeit“ oder „regionale Erzeugung“ eine deutlichere Profilierung gegenüber dem Verbraucher erreichen sollen. „Ich bin da skeptisch“,

sagt Ehlers. Verbrauchern werde mit „gentechnikfrei“ ein Mehrwert suggeriert. Diese seien aber nicht bereit, dafür mehr zu zahlen, wie zahlreiche Umfragen bewiesen hätten.

Außerdem werde dem Konsumenten nur die halbe Wahrheit vermittelt. Schließlich kämen 80 bis 90 Prozent der Lebensmittel in irgendeiner Form mit Gentechnik in Berührung. Wenn „gentechnikfrei“ sich ausschließlich auf die Fütterung beschränke, bedeute das für die Landwirte höhere Futterkosten und für die Molkereien höhere Erfassungskosten, so Ehlers.

„Es muss klar geregelt sein, dass der Zusatzaufwand entsprechend honoriert wird“, fordert er. Bislang sei aber nicht erkennbar, wie die Einhal-

tung zusätzlicher „Nachhaltigkeitskriterien“ entgolten werden solle. Der LEH müsse vorab mit allen Beteiligten der Kette über Machbarkeit und Kosten reden. „Das kann nicht einfach als Diktat für die Zukunft ausgegeben werden.“

Besorgnis in der Branche hat die geplante neue Recyclingquote für Kunststoffe im Rahmen des Verpackungsgesetzes ausgelöst. „Wir reden hier nicht über eine Lappalie. Die Kosten könnten den Trinkmilchpreis um 1 bis 2 Prozent belasten“, warnt Ehlers. Selbst die mittlerweile auf 63 Prozent abgespeckte Quote sei deutlich höher als die Vorgabe in EU-Nachbarländern. Damit entstünden zusätzliche Kosten für deutsche Erzeuger und Wettbewerbsverzerrungen. „Ich befürchte, dass die Kosten am Ende der Wertschöpfungskette bei den Landwirten und Molkereien landen, nicht bei den Verbrauchern“, so Ehlers. Er teile deshalb mit Blick auf die drohenden Mehrbelastungen für die gesamte Milchwirtschaft die Bedenken von Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU).

Optimistisch sieht Ehlers die Entwicklung zur Überwindung der Milchkrise. Derzeit sei eine „Marktfestigung“ zu beobachten. Das Angebot sei bereits zurückgegangen. Bis zum Jahresende erwartet der Verbandschef im Vergleich zum Vorjahr weiter rückläufige Mengen. Der Markt habe die richtigen Signale gesendet, Erzeuger stiegen aus der Produktion aus. *Petra Klein/az* 34-16